

# Wirtschaftskammer will Rentenalter erhöhen

Für die finanzielle Sicherung der AHV lehnt die Wirtschaftskammer Beitragserhöhungen «kategorisch» ab.

Das letzte grosse politische Thema in dieser Legislaturperiode ist die langfristige finanzielle Sicherung der AHV. Der Landtag wird anfangs Oktober den Vorschlag der Regierung in erster Lesung beraten. Die Massnahmen der Regierung sollen sicherstellen, dass im Jahr 2036 die AHV immer noch mehr als fünf Jahresausgaben auf der hohen Kante hat. Dafür schlägt die Regierung zwei Massnahmen vor: Zum einen soll die AHV einen einmaligen Staatsbeitrag von 100 Millionen Franken erhalten. Dieser wird durch einen Steuersonderertrag von gut 200 Millionen Franken aus einer ausländischen Unternehmensgruppe finanziert werden. Daneben sollen die AHV-Beiträge ab 2024 von 8,1 auf 8,7 Prozent erhöht werden. Dabei soll der Arbeitnehmerbeitrag von 3,95 auf 4,13 Prozent steigen und der Arbeitgeberbeitrag von

4,15 auf 4,57 Prozent. Die Arbeitgeber sollen im Gegenzug für die höhere Belastung weniger in die Familienausgleichskasse (FAK) einzahlen.

## **Wirtschaftskammer weiss, dass der Vorschlag nicht «populär» ist**

Die Wirtschaftsverbände sehen vor allem die Erhöhung der Beiträge skeptisch. Im Rahmen der Vernehmlassung erklärte die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK), dass sie einer Lohnnebenkostenerhöhung «äusserst zurückhaltend» gegenübersteht. Deutlichere Worte findet die Wirtschaftskammer Liechtenstein. Sie vertritt 25 gewerbliche Branchenverbände mit rund 1000 Mitgliedern. Die Wirtschaftskammer erklärt in ihrer Stellungnahme: «Lohnprozenterhöhungen sind kategorisch abzulehnen.» Der Zuschuss von 100 Millionen aus den Son-

dererträgen werde gutgeheissen, die Erhöhung der Beiträge aber nicht. «Nicht zuletzt aufgrund der Frankenstärke steht die Wirtschaft unter einem enormen Kosten- und Wettbewerbsdruck, der sich in Betriebsschliessungen oder -redimensionierungen, in einer gehäuften Auslagerung von ganzen Betrieben oder zumindest Betriebszweigen und damit einhergehend in einem substanziellen Anstieg der Arbeitslosigkeit niederschlägt», schreibt die Wirtschaftskammer.

Zudem steige auch die Lebenserwartung weiterhin ungebremst an. «Unser Kompensationsvorschlag anstatt der Beitragserhöhungen ist eine Erhöhung des Rentenalters, auch wenn ein solcher Vorschlag nicht wirklich populär sein wird.» Aus Sicht der Wirtschaftskammer soll das Rentenalter geschlechtsneutral und stufenswei-

se erhöht werden, «auch wenn dieser Vorschlag wohl eher weniger Anklang finden wird». Dass damit das Ziel zur ohne zusätzliche Massnahmen langfristigen Sicherung der AHV erreicht werden könnte, bestreitet auch die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag nicht. (*sap*)